

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 80 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Oitrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischgräbe, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete Verantwortlich: R. Rohsapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 21

Bad Schandau, Mittwoch, den 26. Januar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Der amerikanische Senat nahm in seiner gestrigen Sitzung die Resolution Robinsons an, die ein Schiedsgerichtsverfahren im Konflikt mit Mexiko vorseht.

\* Wie aus Angora gemeldet wird, hat das Unabhängigkeitstribunal 8 Personen wegen Beteiligung an der Ermordung eines Deputierten in Anatolien zum Tode verurteilt. 3 der Verurteilten wurden bereits um Mitternacht gehängt, während die übrigen in Abwesenheit verurteilt worden waren.

\* Bei einem Brand in einem Wirtshaus in Newcraighall bei Edinburgh kamen 4 Kinder ums Leben.

## Russische Expansionsbestrebungen.

Von Dr. Werner Freitag.

Daß sich die Sowjetregierung nicht begnügt, fremde Staaten propagandistisch mit den „Segnungen“ des in aller Welt erheblichen Mißkredit geratenen Bolschewismus zu beglücken, sondern darüber hinaus ernstlich bestrebt ist, sich räumlich teils auf dem Wege kriegerischer Durchdringung, teils unter geschickter Ausnutzung ihrer politischen Machtmittel auszudehnen, läßt sich gegenwärtig durch eine Reihe wichtiger Ereignisse zur Tatsache erhärten.

Die „Krasnaja Gazeta“, eine russische Tageszeitung, die vornehmlich außenpolitisch sehr zuverlässig informiert ist, wußte kürzlich zu berichten, daß aus den Mitteln des russischen Kolonisationsfonds in Ostkaralien eine staatliche Niederlassung gegründet wurde, deren Gesamtflächenraum 1 Million Desjatinen beträgt. Es handelt sich also um ein Areal von nicht zu unterschätzendem Umfang. Ein großzügiges Siedlungsprogramm ist bereits entworfen. Die Regierung beabsichtigt, dort im Laufe dieses Jahres größere Mengen russischer Bauernfamilien aus den Zentraldistrikten planmäßig anzusiedeln und hat schon die erforderlichen Schritte nach dieser Richtung unternommen. Es liegt somit eine Wiederkolonisierung früher erwerbener Kolonialgebiete vor, da die Karelier bereits im achten Jahrhundert nach Chr. als kleiner, schwächlicher Volksstamm aus Rußland eingewandert waren und sich in der — heute finnischen — Provinz Karelien sowie der Landschaft Sawolag einnisteten, wo später eine Vermengung mit den Tawasten erfolgte.

Auch heute ist Karelien ein ständiger Janhappel zwischen Sowjetrußland und dem eifrig um die Wahrung seiner schwererungen Autonomie bedachten Finnland; erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die aktive Teilnahme von Finnen an einer im Herbst 1921 aufgefackerten karellischen Revolte, die sich gegen gewisse Uebergriffe Rußlands in der Minoritätenfrage richtete und fast zu kriegerischen Verwicklungen zwischen beiden Staaten geführt hätte. — So kann Finnland, das noch im Dorpatener Vertrag gewisse kulturelle und politische Zugeständnisse an die stark verwandten Karelier von Rußland zu erlangen trachtete, die neuerlichen Kolonisationsbestrebungen der Sowjetregierung in Ostkaralien nur mit schärfstem Mißtrauen verfolgen.

Sinzu kommt ein anderes Reibungsmoment. In einer Reihe ausländischer Blätter tauchte vor nicht allzu langer Zeit die Meldung auf, daß man in Moskau gewillt sei, im petersburgischen Gouvernament eine „finnländische“ Rätereipublik kleineren Stils zu errichten, wie übrigens auch eine „estländische“ und „lettische“ in den an beide Randstaaten grenzenden Distrikten. Es liegt in diesem Vorgehen Rußlands ein unverhohlener Versuch zur Düpierung dieser drei Staaten, der kennzeichnend ist für die Rücksichtslosigkeit der sowjetrussischen Außenpolitik.

Trotz Dementis der offiziellen Taschagentur konnte die Wirkung dieser und ähnlich lautender alarmierender Nachrichten nicht mehr wesentlich abgeschwächt werden, sondern verstärkte sich sogar noch mit der Zeit. Polnische und rumänische Zeitungen wiesen wiederholt darauf hin, daß in Moskau einige in allen Einzelheiten sorgfältig ausgearbeitete Pläne zur Schaffung dieser sog. „Räterepubliken“ vorliegen. Und zwar sollten diese Pläne angeblich sofort verwirklicht werden, falls die Garantieverhandlungen mit den einzelnen Randstaaten endgültig gescheitert wären. Den treffendsten Beweis für diese Annahme bildete, wie der „Revaler Bot“ kürzlich berichtete, ein in Charkow abgehaltener Kongreß zahlreicher in Rußland weilender Vertreter polnischer Kommunisten, auf dem u. a. der Beschluß gefaßt wurde, eine „polnische Räterepublik“ zu gründen, die zum Andenken an den vor einigen Monaten verstorbenen polnischen Kommunistenführer den Namen „Marx-Lewski“ tragen soll.

Noch wäre die Gründung dieser Räterepublik im Rahmen der Sowjet-Union nicht die erste solcher Art. Es bestehen gegenwärtig schon die besarabische, rumänische am Dniestr und die weißrussische Räterepublik, angrenzend an die weißrussischen Provinzen Polens. Sie sind gewissermaßen als Brandherde für den Ausbruch und die Schürung der russischen Revolutionspropaganda in Rumänien und Polen angelegt worden.

Es handelt sich bei diesem Projekt einer Anlage minderheitlicher Räterepubliken innerhalb der Union um eine geschickte Zusammenballung expansiver Kräfte, deren Stoßkraft möglicherweise nicht zu unterschätzender Bedeutung werden kann. Man darf aber nicht vergessen, daß dieses viel umstrittene russische Rätesystem letzten Endes nicht mehr bedeutet als ein organisatorischer Notbehelf, obwohl es der proletarischen Diktatur in Rußland wichtige Dienste geleistet hat.

Empfehlen und jedenfalls die Grundrisspläne derartiger Räterepubliken in das enghalsige Propagandanez des Bolschewismus, der als angeblich weltbewegende revolutionäre Idee expansiver Natur ist.

## Eine 500-Millionen-Reichsanleihe

### Die neue Reichsanleihe aufgelegt.

Die Gründe des Reichsfinanzministers.

Der geschäftsführende Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat in Anbetracht der befriedigenden Lage des Geldmarktes beschlossen, einen Betrag von 500 Millionen Reichsmark 5%iger deutscher Reichsanleihe zu begeben. Von diesem werden 300 Millionen Reichsmark von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankfirmen übernommen, die restlichen 200 Millionen Reichsmark sind zum weitaus größten Teil bereits fest mit vorläufiger Sperrverpflichtung untergebracht. Die Anleihe ist bis 1934 untisfbar, von da ab erfolgt die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslösung zum Nennwert. Die Zeichnung findet zum Kurse von 92% in den Tagen vom 3.—11. Februar statt.

Die neue Reichsanleihe ist die erste innerdeutsche Reichsanleihe seit der Stabilisierung der Währung. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab Pressevertretern gegenüber eine Begründung dafür, warum das Reich gerade im jetzigen Augenblick diese Anleihe auf den Markt bringt. Dr. Reinhold weist darauf hin, daß die Gründe nicht etwa in einem plötzlich aufgetretenen unerwarteten Geldbedarf des Reiches liegen. Das Reich hat bekanntlich dem Reichsfinanzminister schon eine Anleihermächtigung von 900 Millionen Mark gegeben. Eine weitere Anleihermächtigung für den Betrag von 500 Millionen Mark

soll folgen, eine Summe, die dem Bedarf des Reiches für 1927 entspricht. Da Industrie und Handel nach Ansicht des Ministers in künftiger Zeit große Anforderungen an den Geldmarkt stellen werden, war es wünschenswert, daß die Abschöpfung des Geldmarktes durch eine Reichsanleihe nicht tropfenweise geschehe, sondern im jetzt günstigen Augenblick mit einem Schlag erfolge.

Dr. Reinhold wies weiter darauf hin, daß das Reich vom Auslande her vielfach Anerbietungen für die Aufnahme einer Anleihe zu 7% erhalten habe, daß das Reich aber solange wartete, bis es die jetzt günstigen Bedingungen auf dem heimischen Geldmarkt fand. Dem Reich und dem Steuerzahler sei damit viel Geld erspart worden. Minister Dr. Reinhold ist der Überzeugung, daß sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Hausbau die bisherigen Wohnungszinsen außerordentlich hindernd gewirkt haben. Deutschland brauche einen Zinssatz, der sich in einer Höhe bewegt, daß mit ihm wieder rationell gearbeitet werden könne. Deshalb sei bei der jetzt abgeschlossenen Anleihe ein Zinssatz von 5% gewesen. Dr. Reinhold glaubt, damit eine neue Grundlage für den künftigen allgemeinen Zinssatz geschaffen zu haben.

Wie weiter bekannt wird, sind die mit vorläufiger Sperrfrist untergebrachten 200 Millionen der Anleihe von der Reichsbank und der Reichspost übernommen worden. Ob später auch dieser Teil der Anleihe auf den offenen Markt gebracht werden wird, steht noch nicht fest.

## Die letzten Besprechungen vor der Kabinettsbildung

Berlin, 25. Januar. Nach den heutigen Besprechungen Dr. Marx' mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei empfing der Kanzler um 4 Uhr den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Dr. Koch. Im Anschluß daran trat die demokratische Reichstagsfraktion zu der entscheidenden Sitzung zusammen, die augenblicklich noch andauert.

Wie in Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion verlautet, werden die Demokraten einen Eintritt in die Regierung ablehnen. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat dem Kanzler bereits eine Abjage erteilt.

Heute abend um 8 Uhr werden die Reichstagsfraktionen sämtlicher an der Regierung beteiligten Parteien (vorausichtlich also die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei) zu einer ersten gemeinsamen Sitzung zusammentreten. Es ist anzunehmen, daß bei dieser Sitzung bereits die Personenfrage eine Rolle spielen wird.

### Der Beschluß der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Berlin, 25. Januar. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung beschäftigte sich in ihrer heutigen Fraktionsitzung mit der Frage der Regierungsbildung und nahm den Bericht ihrer Mitglieder Drowitz und Alpers über die Verhandlungen mit Dr. Marx entgegen. Die Fraktion hält an dem bisher eingenommenen Standpunkt fest, daß die Beteiligung an einer Regierung ablehnen müsse. Sie will dem Kabinett der bürgerlichen Parteien mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

### Marx überreicht seine Richtlinien.

Berlin, 25. Januar. Die vom Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeiteten Richtlinien für ein Regierungsprogramm wurden im Laufe des heutigen Nachmittags den für die neue Koalition in Betracht kommenden Fraktionen unterbreitet, die nun ihrerseits endgültig dazu Stellung zu nehmen haben. Die endgültige Fassung soll dann am Mittwoch vormittag 11 Uhr den Demokraten vorgelegt werden. Die demokratische Reichstagsfraktion vertagte daher ihre für Dienstag abend angelegte Fraktionsitzung auf Mittwoch vormittag 11 Uhr. Die Fraktion wird ihre endgültige Stellungnahme zur Regierungsneubildung von der Fassung dieser Richtlinien abhängig machen, jedoch dürfte kaum Aussicht bestehen, daß sich die Demokraten aktiv an der Regierung beteiligen werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion setzte heute eine besondere Sachkommission, bestehend aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und Goldacker, ein für die Verhandlungen über die Formulierung des sozialpolitischen Regierungsprogramms. In eingehender Aussprache zwischen dieser Kom-

mission und den geschäftsführenden Ministern Brauns und Dr. Curtius wurde, wie die TU. hört, völlige Einigung erzielt. Gegen abend fand eine Besprechung beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt, in der die Fragen der auswärtigen Politik erörtert wurden. Die deutschnationale Reichstagsfraktion verammelt sich erst wieder am Mittwoch vormittag.

Der Kabinettsrat des Reichstages ist zu einer neuen Sitzung am Mittwoch nachmittag 2 Uhr einberufen worden. Voraussetzlich wird in dieser Sitzung festgelegt werden können, wann die Regierungserklärung des neuen Kabinetts vor dem Reichstage abgegeben werden kann.

Berlin, 25. Januar. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm heute abend den Bericht des Vorsitzenden Dr. Scholz über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler entgegen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die materiellen Verhandlungen über die Regierungsbildung am Donnerstag endgültig abgeschlossen sein werden, so daß dann die Erörterung der personellen Fragen stattfinden kann. Der Reichstag wird sich daher voraussichtlich auf Mittwoch vertagen, um die Regierungserklärung dann erst am 3. oder 4. Februar entgegenzunehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute eine kurze Geschäftssitzung ab. Eine Fühlungnahme des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten ist heute nicht erfolgt.

### Zentrumsklärung zu den Gerüchten über Konkordatsverhandlungen.

Berlin, 25. Januar. Die Reichstagsfraktion des Zentrums teilt mit:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm in ihrer heutigen Sitzung weitere Berichte über den Verlauf der Verhandlungen um die Regierungsbildung entgegen. Dabei fand die durch gewisse Gerüchtmeldungen in namhaften volksparteilichen Blättern geschaffene Sachlage besondere Beachtung. Die Deutsche Volkspartei hat sich den aussichtsreichen Möglichkeiten einer Wiederaufrichtung eines Kabinetts der Mitte widersetzt und auf den Versuch der Mehrheitsbildung mit den Deutschnationalen hingedrängt. Im Augenblick, da der Beauftragte des Herrn Reichspräsidenten, der Zentrumsmann Dr. Marx, auf Grund des Manifestes seiner Fraktion Verhandlungen aufgenommen hat, schicken sich volksparteiliche Blätter an, die sachlichen politischen Ziele des Zentrums durch leere Kombinationen in ein völlig falsches Licht zu rücken, um diese zu diskreditieren und eine gemeiname Abwehrfront des Liberalismus gegen eine „angeblich dem deutschen Geistesleben drohende Gefahr“ zu begründen. Das Ungewöhnliche dieses Vorganges ist offensichtlich. Demgegenüber steht sich die Reichstagsfraktion des Zentrums veranlagt zu nachstehend formulierter Stellungnahme: